

Richtlinien zur Ausbildungsplatzförderung in der Seeschifffahrt 2010 vom 10. Juni 2010 (Veröffentlichung: Bundesanzeiger Nr. 95 vom 30. Juni 2010)

1. Rechtsgrundlage und Zweck; Gegenstand der Förderung

- 1.1 Der Bund kann nach Maßgabe dieser Richtlinien, der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr und der Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) auf Antrag Zuwendungen an Seeschiffahrtsunternehmen gewähren.
- 1.2 Die Zuwendung wird als Zuschuss zu den Kosten der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes an Bord von Seeschiffahrtsunternehmen gewährt. Das mit den Richtlinien verfolgte Ziel ist der Erhalt und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die die Voraussetzungen nach Nr. 2.3 dieser Richtlinien erfüllen. Damit soll im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr das maritime Fachwissen erhalten und verbessert sowie die Beschäftigung deutscher und europäischer Seeleute gefördert werden.
- 1.3 Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung des Zuschusses besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Zuwendungsempfänger und -voraussetzungen

- 2.1 Zuschüsse werden Unternehmen gewährt, die ihren Sitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben und Ausbildungsplätze auf Schiffen nach Nr. 2.2 für den seemännischen Nachwuchs bereitstellen (Seeschiffahrtsunternehmen).

2.2 Schiffe im Sinne dieser Richtlinien sind Seeschiffe,

- die von der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V., Bremen, als geeignete Ausbildungsstätten für die Berufsausbildung zum/zur Schiffsmechaniker/in anerkannt sind,
- oder die die Voraussetzungen der Nr. II der Richtlinien für die praktische Ausbildung und Seefahrtzeit für die Ausbildung als nautische Offiziersassistenten/innen vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 48) erfüllen,
- oder die Voraussetzungen der Nr. II der Richtlinien für die praktische Ausbildung als technische Offiziersassistenten/innen vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 53), erfüllen
- und in einem inländischen Schiffsregister eingetragen sind und die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates führen und
 - im Eigentum eines deutschen Seeschiffahrtsunternehmens stehen oder
 - diesem aufgrund von Leasing-/Bareboatcharterverträgen überlassen werden.

Für Schiffe, die erst im Verlauf der Ausbildung in ein Seeschiffsregister eingetragen werden und die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates führen, gilt dieses ab dem Tag, von dem an die Eintragung in das inländische Seeschiffsregister erfolgt ist und die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt wird.

2.3 Die Förderung der Bereitstellung der Ausbildungsplätze betrifft die Ausbildung

- zum/zur Schiffsmechaniker/in nach der Schiffsmechaniker-Ausbildungsverordnung und
- zum/zur nautischen und technischen Offiziersassistenten/in nach den unter Nr. 2.2 genannten Richtlinien des Bundes.

2.4 Die Zuschüsse können solchen Seeschiffahrtsunternehmen versagt werden, an denen

- eine natürliche Person ausländischer Staatsangehörigkeit oder eine juristische Person ausländischen Rechts (gilt nicht

für Beteiligte oder Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten) oder

- eine Gebietskörperschaft oder Körperschaft des öffentlichen Rechts

unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

2.5 Die Zuschüsse werden nicht an Seeschiffahrtsunternehmen gewährt,

- wenn eine Fortbestandsgefährdung zu Beginn oder während des Ausbildungszeitraums nach Nr. 5.3.1 vorliegt bzw. eintritt. Eine solche Gefährdung ist insbesondere anzunehmen, wenn die fälligen Zinsverpflichtungen nicht beglichen wurden,
- es sei denn, dass eine den Fortbestand des Unternehmens sichernde Regelung getroffen worden ist, oder zur Absicherung möglicher Ansprüche des Bundes bis zum Abschluss des Verwendungsnachweisverfahrens nach Nummer 9 eine Bankgarantie zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt wird.

Ferner werden Antragstellern, über deren Vermögen ein Insolvenz- oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, keine Zuschüsse gewährt.

Dasselbe gilt für Antragsteller und, sofern der Antragsteller eine juristische Person ist, für den Inhaber der juristischen Person, die eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung (ZPO) bzw. § 284 der Abgabenordnung (1977) abgegeben haben oder zu deren Abgabe verpflichtet sind.

3. Art und Höhe der Zuwendungen

3.1 Die Förderung erfolgt im Wege der Projektförderung. Es wird ein fester Betrag der zuwendungsfähigen Ausgaben bewilligt (Festbetragsfinanzierung). Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

3.2 Bei Schiffen nach Nr. 2.2 wird pro besetzten Ausbildungsplatz folgender Zuschuss gewährt:

- Schiffsmechaniker/in:
25.500 Euro,
- Nautische(r) Offiziersassistent/in:
12.750 Euro,
- Technische(r) Offiziersassistent/in:
17.000 Euro.

4. Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen

Voraussetzung für die Gewährung ist die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes. Dies ist der Fall, wenn für den Ausbildungsplatz ein Ausbildungsverhältnis wie folgt nachgewiesen wird:

- zum/zur Schiffsmechaniker/in vor dem 1. November 2010 mindestens fünf Monate bestanden hat und das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde;
- bezogen auf die praktische Ausbildung und Tätigkeit als Offiziersassistent/in nach den unter Nr. 2.2 genannten Richtlinien des Bundes vor dem 1. November 2010 ordnungsgemäß beendet und das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde.

5. Verfahren

5.1 Antragsverfahren

- 5.1.1 Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

5.1.2 Die Bescheidung der Anträge durch das BSH erfolgt nach der Bearbeitung derselben durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft (PwC AG), die die erforderlichen Auskünfte gibt und die notwendigen Unterlagen und Nachweise anfordert.

Für die Bearbeitung der Anträge durch die PwC AG haben die Antragsteller an dieselbe ein Entgelt zu zahlen, dessen Höhe von der PwC AG in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung festgesetzt wird.

5.1.3 Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind bis zum 31. Oktober 2010 zu stellen.

5.1.4 Die Anträge sind auf den dafür vorgesehenen Formularen an das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg, zu richten.

5.1.5 Den Anträgen sind beizufügen:

- eine Versicherung, dass dem Antragsteller die in Nummer 8 dieser Richtlinien aufgeführten Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges bekannt sind;
- eine Erklärung des Antragstellers, dass kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wurde und ferner keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO bzw. § 284 der Abgabenordnung (1977) abgegeben worden ist oder abgegeben werden muss;
- eine Erklärung des Antragstellers, dass das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde,
- eine Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters, ob und inwieweit die fälligen Zinsverpflichtungen beglichen worden sind;
- bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 4.1 eine Bestätigung der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V., Bremen,
 - dass das auf das einzelne Schiff bezogene jeweilige Ausbildungsverhältnis zum Schiffsmechaniker/in vor dem 1. November 2010 mindestens fünf Monate bestanden hat;
 - dass die praktische Ausbildung als Offiziersassistent/in vor dem 1. November 2010 ordnungsgemäß beendet war.

5.1.6 Jede Änderung einer die Förderfähigkeit begründenden Tatsache ist der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

5.2 Bewilligungsverfahren

Eine Zuwendung wird durch schriftlichen Zuwendungsbescheid des BSH bewilligt.

5.3 Anforderungs- und Zahlungsverfahren

5.3.1 Die bewilligten Mittel werden den Antragstellern oder auf deren Antrag einem Dritten für den Bewilligungszeitraum in drei Jahresraten ausgezahlt. Die erste Rate wird im Jahr der Bewilligung, die zweite und dritte Rate 12 bzw. 24 Monate nach Beginn des Bewilligungszeitraumes ausgezahlt. Bewilligungszeitraum ist der Ausbildungszeitraum des jeweiligen Ausbildungsverhältnisses. Sofern die Zuschüsse zu den Ausbildungsplatzkosten erst im Laufe des Bewilligungszeitraums bewilligt werden, werden die Raten, die bereits fällig geworden sind, in einem Betrag ausgezahlt.

5.3.2 Es werden nur volle Euro-Beträge ausgekehrt.

6. Rückzahlung der Zuschüsse

Wird im Bewilligungszeitraum das Schiff, auf dem der Ausbildungsplatz bereit gestellt und die Ausbildung stattfindet, veräußert oder ist es nicht mehr im inländischen Schiffsregister eingetragen, oder führt nicht mehr die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates, oder gerät das Schiff in Totalverlust und/oder wird für das Schiff die Anerkennung als Ausbildungsstätte widerrufen, sind die während des Bewilligungszeitraumes für die Ausbildung auf diesem Schiff ausgezahlten Zuschüsse anteilig zurückzuzahlen. Dies gilt auch, wenn die Ausbildung aus anderen Gründen abgebrochen oder unterbrochen wird. Soweit das jeweilige Ausbildungsverhältnis auf einem anderen Handelsschiff fortgesetzt wird, das ebenfalls die Voraussetzungen nach Nummer 2.2 erfüllt, können auf Antrag die zurückgezahlten Zuschüsse für die Ausbildung auf diesem Handelsschiff gewährt werden.

7. Allgemeine Bedingungen

7.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung einschließlich Verzinsung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 BHO sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit nicht in diesen Richtlinien Abweichungen zugelassen werden.

7.2 Der Bundesrechnungshof ist gemäß §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

8. Subventionserhebliche Tatsachen

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sind insbesondere alle Tatsachen und Angaben

- zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers im Antrag, d. h.
 - zum Sitz des Unternehmens und
 - zu den Beteiligungen;
- zu dem Seeschiff/den Seeschiffen, auf denen Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, d. h.
 - zur Anerkennung als geeignete Ausbildungsstätte durch die Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V.,
 - zur Eintragung des jeweiligen Schiffes im deutschen Seeschiffsregister,
 - zu den Eigentumsverhältnissen an diesem Schiff bzw. ggfs. existierenden Leasing-/Bareboatcharterverträgen sowie
 - zur geführten Flagge;
- in den Erklärungen des Antragstellers, dass
 - kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet worden ist,
 - keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung oder § 284 der Abgabenordnung (1977) abgegeben wurde oder abzugeben ist,
 - das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde;
 - eine Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters, ob und inwieweit die fälligen Zinsverpflichtungen beglichen worden sind;
 - (bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nr. 4.1) die Bestätigung der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V., Bremen, dass
 - das auf das einzelne Schiff bezogene jeweilige Ausbildungsverhältnis zum Schiffsmechaniker/in vor dem 1. November 2010 mindestens fünf Monate bestanden hat,
 - die praktische Ausbildung als Offiziersassistent/in vor dem 1. November 2010 ordnungsgemäß beendet war;

- zu den Ausbildungsplätzen, d. h.
 - zu den Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung und Seefahrtszeit für die Ausbildung als nautischer Offiziersassistenten/innen vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, Seite 48),
 - Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung als technische Offiziersassistenten/innen vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, Seite 53);
- zu sämtlichen beantragten und ggfs. bereits bewilligten Zuwendungen des Bundes, eines Bundeslandes, einer Kommune oder der EU für das geförderte Ausbildungsverhältnis;
- die dem BSH nach den Bestimmungen der Richtlinien mitzuteilen sind, weil sich z. B. die für die Bewilligung maßgeblichen Gründe geändert oder sogar ganz weggefallen sind. Dazu zählen
 - die Veräußerung oder der Totalverlust des Schiffes,
 - der Widerruf der Anerkennung als Ausbildungsstätte,
 - der Wechsel des/r Auszubildenden auf ein Schiff, das nicht die Voraussetzungen nach Nummer 2.2 erfüllt und
 - der Abbruch der Ausbildung.

9. Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuschüsse ist dem BSH bis spätestens sechs Monate nach dem Ende der Ausbildung nachzuweisen.

Der Verwendungsnachweis besteht gemäß Verwaltungsvorschrift Nummer 10 zu § 44 BHO aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Die Anforderungen an den Sachbericht sind in Nummer 6.2.1 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) geregelt. Darüber hinaus ist im Sachbericht darzulegen, dass das jeweilige Schiff, auf dem der Ausbildungsplatz bereit gestellt und die Ausbildung stattfand, während dieser Ausbildungszeit im deutschen Schiffsregister eingetragen war, die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt hat bzw. zu welchem Zeitpunkt das Schiff veräußert oder nicht mehr die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt hat, oder in Totalverlust geraten ist, wie lange die Ausbildungsplätze mit Auszubildenden besetzt waren und/bzw. die Anerkennung als Ausbildungsstätte widerrufen wurde und wann der Auszubildende die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

10. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten zum 15. Juni 2010 in Kraft.

Bonn, den 10. Juni 2010

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Im Auftrag

Hilde Kammerer